

Beobachter Rogan und Staatssekretär Dugès beschließen oder unterlassen werden. Was die Verteilung der aus dem Wirtschaftskreislauf im Ruhrgebiet erzielten Beträge betrifft, so wird diese Frage wohl wegen ihres heissen Charakters vorläufig wohl ebenfalls nicht geregelt werden. Höchstwahrscheinlich wird sie erst nach Regelung des Sachverständigenprojektes geprüft werden.

Paris, 12. Dezember. Aus Quai d'Orsay wurden gestern Abend eine Reihe bedeutender Besuche abgehalten. Als erster suchte Lord Grey, der ehemalige Gesandte in Paris, Poitot auf. Ueber den Inhalt der Unterredung wird strenges Stillschweigen bewahrt. Weiter begab sich Tizard, der Oberkommissar der internationalen Rheinlandkommission und Vizepräsident der Vorherrsche der Repro zum französischen Ministerpräsidenten. Auch der französische Vertreter D'Annunzio begab sich zum Quai d'Orsay und wurde von Poitot empfangen.

Paris, 12. Dezember. Wie an maßgebender Stelle verlautet, findet heute eine außerordentliche Sitzung des Ministerrats unter dem Vorsitz Millerands im Elysee statt.

### Schwierigkeiten innerhalb der bayerischen Regierung

München, 4. Dezember. Es bestätigt sich, daß innerhalb der bayerischen Staatsregierung Schwierigkeiten entstanden sind. Ob es zum Ausbruch einer tatsächlichen Krise, oder ob es zu einem Personalwechsel an der Spitze der Ministerien kommen wird, konnte gestern Abend noch nicht festgestellt werden, zumal innerhalb der Bayerischen Volkspartei nach wie vor keine Abneigung gegen irgendwelche Ministerreize in gegenwärtigen Zeitpunkte besteht. Es wird betont, daß sich die gestrige Ministerkonferenz entgegen der ursprünglichen Annahme mit anderen Beratungsgeschäften, nicht aber mit der Möglichkeit bevorstehender Personalveränderungen im Kabinett beschäftigt hat. Es steht auch nichts im Wege, daß Ministerpräsident Dr. v. Krieger heute im Ständigen Landtagsausschuß die angeordnete Erklärung zur Einleitung der politischen Debatte abgibt.

### Eine Hochwasserkatastrophe in Italien

Etwas 600 Tote.

Vergamo, 4. Dezember. Infolge der starken Regengüsse der letzten Tage liegt der Spiegel des künstlichen Genoveses, der als Reservoir für die elektrische Zentrale dient, außerordentlich hoch, wodurch ein Dammbrech hervorgerufen wurde. Eine Wassermenge von zwei Millionen Kubikmetern stürzte das Tal und überschwappte die Dörfer Dezzo, Gardino und Corna. Es sind ungefähr 600 Opfer zu beklagen, von denen bisher 137 geborgen sind. Der Schaden beläuft sich auf einige hundert Millionen. Auch viel Vieh wurde vom Wasser fortgerissen. Die Verbindungen sind zerstückt. Die Behörden von Bergamo und Brescia begaben sich sofort an die Rettungsarbeiten. Militär ist unermüdlich mit den Rettungsarbeiten beschäftigt. Der Minister der öffentlichen Arbeiten und der Unterrichtsminister im Kriegsministerium sind gleichfalls an Ort und Stelle eingetroffen.

Rom, 4. Dezember. Der König hat sich in Begleitung des Unterrichtssekretärs Finzi an den Ort der Hochwasserkatastrophe begeben.

Mallorca, 4. Dezember. Ueber das furchtbare Unglück in Oberitalien werden nach folgende Einzelheiten bekannt: Drei Dörfer sind durch den Dammbrech in den Abgrund verschwunden. Fünftausend bis 700 Menschenleben sind vermisst. Der Schaden beläuft sich auf über 100 Millionen Lire. Infolge des anhaltenden Regens gestalteten sich die Rettungsarbeiten sehr schwierig.

Ueberschwemmung am Jomso. Ueber ganz Oberitalien wüthet seit einigen Tagen ein heftiges Unwetter. Infolge andauernden Regens sind der Jomso und seine Nebenflüsse derart angeschwollen, daß das Wasser die Wehre überflutet und eine Reihe Ortschaften der südlichen Ebene überschwemmt hat. Die Wehre bei Gradisla ist eingestürzt. Die Truppen und die Feuerwehren bemühen sich um die Eindämmung der Fluten, die an manchen Stellen bis zu drei Meter angestiegen sind.

### Ermäßigung der Kohlen- und Eisenpreise

Essen, 4. Dezember. Wie die D. N. B. von schweizerischer Seite erfährt, ist ziemlich bestimmt mit einer Ermäßigung der Kohlen- und Eisenpreise zu rechnen, nachdem die Arbeitszeitfrage im Ruhrgebiet geregelt sein wird. Eine Ermäßigung der Preise ist deshalb schon erforderlich, um die deutsche Kohlenindustrie konkurrenzfähig zu machen. Nachdem für den Ruhrbergbau eine Vereinbarung bezüglich der Mehrarbeit zustande gekommen ist, werden am Mittwoch die Verhandlungen über die Arbeitsleistung für die übrigen Reviere in Berlin beginnen.

Der stellvertretende Führer der Zentrumsfraktion Berlin, 4. Dezember. Während der Kammerschloß Party leitet der Abgeordnete Becker, Arnberg, die Geschäfte der Zentrumsfraktion.

### Schacht Reichsbankpräsident

Berlin, 4. Dezember. Wie wir hören, ist der Währungs-Kommissar Dr. Schacht nunmehr definitiv als Nachfolger Gadensteiners zum Reichsbankpräsidenten ernannt worden. Die Kandidatur Dr. Helfferichs kommt nicht mehr in Frage.

### Der Preisabbau auf dem Lebensmittelmarkt

Dresden, 4. Dezember. Am Sonnabend machte sich in Dresden eine sinkende Tendenz der Fleischpreise bemerkbar, wenn auch nur in schwachem Maße. Am Montag trat diese Senkung aber schon mehr in die Erscheinung, da die Preise für Fleisch nun um durchschnittlich 15 Prozent gefallen sind, und zwar, wie uns aus Fleischereikreisen gemeldet wird, nicht durch geringere Preise, sondern als Ergebnis der Preisreduzierung auf dem Schlacht- und Viehmarkt. In den Fettwaren war dagegen bei starkem Angebot ein erheblicher Rückgang zu verzeichnen. Schweinefleisch war von 2 Millionen bis auf 1,5 Millionen, Speck bis auf 2,5 Millionen gesunken, während er in den letzten Tagen noch teilweise bis auf fast 5 Millionen gestiegen hatte. Butter war gestern schon mit 1,7 Millionen zu haben gegen 2 Millionen am Sonnabend und 2,2 am Freitag. Die Margarine konnte dagegen ihren Preisstand fast unverändert behaupten.

Berlin, 4. Dezember. Hier hat eine Herabsetzung der Brotpreise stattgefunden, und zwar wurde der Einheitspreis für helles Brot von 100 auf 70, für dunkles Brot von 84 auf 75 Goldpfennige festgesetzt. In der Berliner Preisprüfstelle fand heute vormittag eine Besprechung mit Vertretern des Großhandels und der Einzelhandelsvereinigungen über den Preisabbau statt. Im Laufe der Aussprache wurde ein allgemeiner Abbau der Goldgrundpreise im Handel angesetzt. Im Lebensmittelhandel soll die Preisermäßigung bereits morgen eintreten und durchschnittlich 10 bis 12 Prozent betragen. Auch in anderen Zweigen des Handels ist mit einem Preisrückgang zu rechnen.

### Amerikas Goldbestand

Paris, 4. Dezember. Aus Washington wird gemeldet, daß sich in den Vereinigten Staaten nur aus Münzen oder Barren ein Goldbestand in Höhe von 4.188.000.000 Dollar befindet. Amerika besitzt mithin 46 bis 49 Prozent des gesamten Goldbestandes der Welt.

### Spanische Hilfe für Deutschland

Madrid, 4. Dezember. Am Sonntag fand in allen Erziehungsinstituten der Hauptstadt eine umfangreiche Sammlung zu Gunsten der deutschen notleidenden Bevölkerung statt. Zahlreiche Sympathieausdrücke für Deutschland wurden von dem Publikum veranlaßt. Katholische Kommissionen sollen auch weiterhin erfolgen.

### Hinter den Kulissen der sächsischen Regierung

Dresden, 4. Dezember. Die „Leipziger Neuesten Nachrichten“ veröffentlichten in ihrer Nummer vom 4. Dezember unter der Ueberschrift: Hinter den Kulissen der sächsischen Regierung folgenden Artikel aus den Geheimakten des Innenministers Siebmann:

Der Verhängung des Ausnahmezustandes in Sachsen war das Bürgerturn sozusagen vorgelagert. Veränderungen, Verabredungen, Brandstiftungen, Erpressungen kamen fast jede Woche vor. Selbst die demokratische Presse hat, obwohl sie ursprünglich anderer Meinung war, zugeben müssen, daß in Sachsen die Unsicherheit außerordentlich groß geworden war. Man hat wiederholt die Frage aufgeworfen, wie es überhaupt in Sachsen zu derartigen Zuständen kommen konnte. Die Lösung dieses Rätsels ist ebenso einfach wie verblüffend. Ausschlaggebend war die kommunistische Partei wurde im Fraktionssinn der kommunistischen Landtagsfraktion eine Reihe Papiere beschlagnahmt. Darunter befand sich auch folgendes, außerordentlich schätzenswertes Dokument, dessen Original sich in unseren Händen befindet. Das denkwürdige Schriftstück hat folgenden Wortlaut:

### Besprechung von Vertretern beider Parteien

Mit Uebereinkunftung der Parteien wird festgestellt, daß die im Nachtragartikel 49 eingetragenen Artikel zur Bekämpfung besonderer Kurden nur bei der Bekämpfung von Angriffen von rechts her verwendet werden sollen.

Dresden, den 22. März 1923.

### Gefahrt und bedingt

(Hs.) Reimer.  
(Hs.) Siebmann.

Was eine vollkommene Unterwerfung der Sozialdemokraten unter die Wünsche der Kommunisten! Einer der ersten Beweise für den demokratischen Zeigener-Kommunismus in Sachsen! Der Sozialdemokrat Siebmann macht dem Kommunisten Reimer das Zugeständnis, daß der Kapitalismus von links in Sachsen vollkommen frei schalten und walten kann, ganz wie es Sowjetrußland beibringt.

Auf Grund dieses Abkommens gewinnt das folgende Schriftstück eine ganz besondere Bedeutung:

Am 14. Juni d. J. erließ das sächsische Ministerium des Innern mit Nummer 304/11 E an das Polizeipräsidium Dresden folgende Verfügung: Nachdem der Landtag den im Artikel 49, Teil 6 des Nachtragartikels für 1923 vorgesehene 20 Millionen Betrag von 20 Millionen für außerordentliche Polizeimaßnahmen während größerer Unruhen, die bis Ende März verwendet werden können, bewilligt hat, überweise ich dem Polizeipräsidium zunächst eine Million mit der Berechnung, sie für den mit unmittelbarer Unterstellung der Regierungskommissar Riech zur Verfügung zu halten.

Der Regierungskommissar Riech hat mir noch vor Schluß des Rechnungsjahres, d. h. der 31. März 1923, die schriftliche Versicherung schriftlich beizubringen, daß die von ihm entnommenen Gelder im notwendigen Einzelfall zur Verwendung verwendet worden sind.

Ministerium des Innern:  
(Hs.) Siebmann.

Was! „An notwendigen Staatsinteressen“ sollte das dem Regierungskommissar Riech auf Anweisung des Herrn Siebmann zur Verfügung gestellte Geld sofort verwendet werden. Das bei diesem, durch sein Abkommen mit Herrn Reimer vollkommen gescheiterten Zeigener-Kommunismus, „unter notwendigen Staatsinteressen“ zu verstehen ist, geht in etwaumkehr aus der feierlichen Vereinbarung vom 22. März hervor: Nur Kampf gegen rechts, dagegen vollkommene Freiheit für alle Sowjetbetätigung in Sachsen.

Auch dieses zweite Dokument befindet sich in unseren Händen; außerdem auch ein Teil der Belege über die Verwendung der Gelder, aus denen zweifellos hervorgeht, daß diese bislang lediglich zur Bekämpfung gegen rechts verwendet worden sind. Wir greifen daraus nur ein besonders interessantes Belegstück heraus. Es hat folgenden Wortlaut:

Ich beehre Herr Regierungskommissar Riech, am 1. März 1923, 5000 Mark vorstufweise erhalten zu haben, um Erdarbeiten, wie mit Regierungskommissar Riech vereinbart, vornehmen zu können.

Zwickau, den 16. Mai 1923.

(Hs.) Rudolf Kämpel.

Die Summe von 500 Mark mag unserem Leute an Billionen gewöhnlichen Verstand als eine Lächerlichkeit erscheinen; es ist aber zu bedenken, daß diese Summe Mitte Mai immerhin noch 1/8 Dollar ausmachte. Aber das ist ja schließlich Nebensache. Viel wichtiger ist, daß dieser Beleg durch ein Schreiben des Regierungskommissars Riech an den „wertigen Kollegen Riech“, datiert Zwickau, den 29. Mai 1923, eine interessante Bedeutung erhält. In diesem Schreiben, das ebenfalls als Original bei uns wohl verwahrt ist und in dem Regierungskommissar Riech den Kollegen Riech um Wiedererstattung verauslagter Gelder ersucht, heißt es im zweiten Absatz wörtlich:

„Im Falle Zwickau handelt es sich um einen Straßbau, der Straßenausbau auf Antrag des Kollegen Müller erhalten hat, um Waffenlager der Organe ausstufung zu machen. Es war bei seiner Entlassung vollständig ohne Mittel.“ Ich habe ihm deshalb 5000 Mark ausbezahlt.“

Damit ist heute genug. Wir glauben durch diese dokumentarische Feststellung den einwandfreien Beweis für folgende Tatsache geliefert zu haben, die übrigens das lebhafteste Interesse des sächsischen Landtags erwecken müßten. Herr Siebmann verpflichtet sich als Parteimanng gegenüber dem Führer der Kommunisten dazu, die bürgerliche Hälfte der sächsischen Bevölkerung für vogelfrei zu erklären. Er tut dies unmittelbar vor seiner Ernennung zum Innenminister. Die schriftliche Verpflichtung gegenüber dem Kommunisten Reimer erfolgt am 22. März 1923, der Dienstantritt des Herrn Siebmann am 1. April 1923. Herr Siebmann ist also Minister des Innern geworden, weil er einen Teil, und nicht den schlechtesten, des sächsischen Volkes, der Willkür der sächsischen Sowjetrußland vollkommen preisgegeben hat. Auf den Rücken einer verbotenen Partei, die nicht nur gegen die Staatsform, sondern überhaupt gegen den Staat handelte, ist Herr Siebmann ins Innenministerium eingezogen. Vom ersten Tage seiner Amtsführung an ist er, gleich seinem Freunde Zeigener, der Gefangene der Kommunisten gewesen. Denn wenn er es gewagt haben würde, einmal — wie es seine Pflicht als Innen- und Polizeiminister gewesen wäre — scharf und lächelnd gegen die verbrecherischen Untertanen proletarischer Hundstrolächer aufzutreten, dann würde ihm Herr Reimer seinen Schein vorlegen und um die Ministerbestätigung des Herrn Siebmann wäre es geschehen.

Der sächsische Landtag hat also das größte Interesse daran, sich mit dieser durch ihre Verpflichtungen mit den Kommunisten heillos bloßgestellten Persönlichkeit zu beschäftigen, aber er hat auch die Pflicht, folgende Fragen aufzuwerfen:

Erstens: Hat der Ministerpräsident Feilisch bei der Wiederernennung Siebmanns zum Innenminister von dessen Abkommen mit den Kommunisten gewußt und

zweitens: Kann er es verantworten, daß Herr Siebmann als Innenminister auch nur einen Tag weiter amtiert, der Verpflichtungen eingegangen ist, gegenüber einer jetzt verbotenen Partei, Verpflichtungen, deren Ausführung letzten Endes zum Bürgerkrieg führen müßten?

### Zeigener verweigert die Aussage

Leipzig, 4. Dezember. Auf Veranlassung seiner Anklage hat der im Untersuchungsgefängnis sitzende ehemalige sächsische Ministerpräsident Dr. Zeigener dem Untersuchungsrichter gegenüber jede weitere Angaben verweigert. Zeigener begründet dies mit seinem physisch stark angegriffenen Zustand. Seitens seiner Verteidigung wird mitgeteilt, daß ihr im Verlaufe mit dem Inhaftierten die erkranktesten Schwereizellen bereitet werden.

### Der Verlauf des sozialdemokratischen Landesparteitages

Dresden, 4. Dezember. Die „Dresdner Volkszeitung“ gibt einen ausführlichen Bericht über den sozialdemokratischen Landesparteitag in Dresden, der sich freilich fast nur mit den Verhandlungen über die Politik der Sozialdemokratie im Reich befaßte, während die sächsische Landespolitik, die doch im gegenwärtigen Zeitpunkt nicht minder interessiert und gewiß nicht weniger Zeit in Anspruch nahm, einfach totgeschwiegen wird bis auf einen Antrag, der absperrig wie folgt angenommen wurde:

1. Die gewaltsame Beseitigung der sozialistischen-kommunistischen Regierung durch die Reichsregierung war ein Grund der Verfassung. Einstimmig angenommen.

2. Der Landesparteitag bekennt sich erneut zu dem Grundsatz, der eine Geltendmachung der proletarischen Mehrheit erfordert. Gegen 4 Stimmen angenommen.

3. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen ist eine sozialistische Arbeiterregierung das Gegebene. Einstimmig angenommen.

4. Wird die sozialistische Arbeiterregierung gestürzt, so muß versucht werden, mit den Kommunisten zu einer gemeinsamen Regierungsplattform zu kommen. Gegen zwölf Stimmen angenommen.

5. Landesintendanten und Landtagsfraktion sind an diesen Beschluß gebunden. Einstimmig angenommen.

6. Die Bildung jeder Koalitionsregierung ist an die formelle Zustimmung eines Parteitag gebunden. Gegen vier Stimmen angenommen.

Das Hauptreferat über die Reichspolitik hielt nicht, wie gestern verlautete, Dr. Hilferding, sondern die bekannte Reichstagsabgeordnete Toni Sender, die sich keineswegs in gemäßigten Bahnen bewegte, sondern sich über den Reichstag gegen die Reichsregierung und die Sozialdemokratie im Reich zu rechtfertigen. Die radikale Stimmung des Parteitag kam in folgender Entschlußung zur Reichspolitik zum Ausdruck:

„Die Entwicklung der politischen Verhältnisse hat im Laufe des letzten halben Jahres mit aller Deutlichkeit gezeigt, daß die kapitalistischen Parteien an die Witsche der Sozialdemokratie lediglich appellieren, um Teile des Proletariats ihrer Politik nutzbar zu machen und einen Keil in die Arbeiterfront hineinzutreiben. Ihren freundschaftlichen Ausdruck dieses Politik in der Reichsregierung gegen das proletarisch regierte Sachsen, die während der Teilnahme von Sozialdemokraten an der Reichsregierung beschlossen wurde. Dieser Anschlag gegen die Demokratie, die Beschneidung der sozialen Arbeiterrechte, die Annahme des Ermächtigungsgesetzes, die kapitalistische Lösung oder Nichtlösung der Finanz- und Reparationsfragen, alles das beweist, daß politische Zusammenarbeit zwischen Proletariat und Kapitalismus heute ein Ding der Unmöglichkeit ist. Das Scheitern der Regierungen der großen Koalition ist eine bittere Lehre für deren Anhänger. Die Bildung dieser Regierungen und ihre Wirksamkeit hat der demokratischen Entwicklung im Reich und in den einzelnen Ländern den schlechtesten Dienst erwiesen und der Machtübernahme der Wege geebnet.“

Da die Mehrheit der Reichstagsfraktion und des Parteivorstandes diese Politik trotz aller Warnungen bis zu ihrem Zusammenbruch fortgesetzt hat, spricht ihr der Parteitag das Vertrauen ab.“

Der erste Absatz dieser Entschlußung wurden gegen zwei, der zweite Absatz mit 79 gegen 21 Stimmen angenommen.

Einstimmig wurde ferner die Beseitigung des Ausnahmezustandes gefordert. Der Parteitag, der schon nach dem „gemachten“ Bericht einen ziemlich stürmischen Verlauf verrät, bedeutet auf jeden Fall eine neue Schwänkung nach links, zur Agitationspolitik im Reich und zur — einseitigen noch verbotenen — Wiederaufnahme der Kommunistenfront in Sachsen.

Eigene Teufelskuren in Adm. Nachdem die Rheinlandkommission die Verwendung gegen die Spekulation in ausländischen Zahlungsmitteln und alle diesbezüglichen erlassenen Gesetze verboten hat und die Reichsbank Teufeln für das besetzte Gebiet für Lebensmittel völlig ungenügend zuteilt, hat der Reichsvorstand beschlossen, ab Mittwoch, den 5. Dezember Teufeln selbständig zu notieren.

### Aus der katholischen Welt

† Eine neue deutsche Missionsgesellschaft. Die Genossenschaft der Edine des hl. Herzogs von Verona ist von der Propaganda in Rom in zwei unabhängige Genossenschaften geteilt worden: eine italienische und eine österreichisch-deutsche. Die italienische behält den alten Namen „Kongregation der Edine des hl. Herzogs“ für die Missionen von Antratarita“, die österreichisch-deutsche heißt „Kongregation der Missionen — Edine des hl. Herzogs“. Angehörige anderer Völker können sich nach den Kath. Missionen (Nr. 1) einem der beiden Verbände anschließen. — In Sandrup b. Lengerich (Dannover) hat Bischof Verding von Osnabrück ein neues Missionshaus der Priester vom hl. Herzog (Sittard) eröffnet mit 20 Schülern. — Mit der Uebertragung der Pfarre St. Hedwig (St.-Trandvaal) an die Missionare der hl. Herzogs (Osterr. Genossenschaft) und der Pfarre St. Marien (Kapland) an die deutsche Ordensproving der Edine des hl. Herzogs hat sich die Zahl der deutschen und österreichischen Sprengel in Südafrika auf acht erhöht.

† Französischer Postministerwechsel beim Vatikan. Nach einer Eobandmeldung aus Rom ist der französische Postminister Jonnard vom Post empfangen worden, um ihm sein Abberufungsschreiben zu überreichen. Zu seinem Nachfolger ist der französische Gesandte in Budapest ausersehen. Jonnard wird Rom im Dezember verlassen.

### Berliner Devisenkurse vom 4. Dezember (Mittlich)

Mitgeteilt von der Commerz- und Verobank, N. A., Dresden

Kotierungen in Millionen der Einheit der Währung.

	4. 12.	3. 12.		
	%	Wert	%	Wert
Amerikan	106,070	160,070	106,600	167,000
Brasilien	109,500	211,500	103,615	194,085
Chile	496,470	699,370	496,730	6 337,0
Indien	71,715	72,595	72,425	72,769
Japan	109,240	107,475	107,420	110 750
London	101,454	101,455	101,445	101,455
Paris	101,54000	101,44 00	101,54000	101,4 500
St. Petersburg	4189 00	421,000	4189,500	421,200
Warschau	92,440	92,560	92,925	9 645
Wien	73,175	73,175	7 815	73,185
Zürich	34,635	34,745	34,635	34,637
Frankfurt	98,748	98,148	98,798	98,148
Berlin	101,489	102,315	101,490	102,315
Wien	—	—	—	—
Budapest	219,450	219,550	219,450	219,550

1 Goldmark = 1 Billion